

Protokoll – öffentlicher Teil

32. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin:	Montag, 25.09.2023
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	16:35 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Rathaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Dr. Mechthild Rüniger Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder

Matthias Finken CDU Vertretung für: Stefan Gutschmidt

Beate Goreczko Die Andere

Nico Marquardt SPD Teilnahme ab TOP 4.1

sachkundige Einwohner

Robert Hirsch CDU

Peter Mundt Seniorenbeirat

Dezernent

Dieter Jetschmanegg

Vertreter der Beiräte

Peter Hahnel Seniorenbeirat

Viktor Kalitke Migrantenbeirat

Abwesend

Mitglieder

Stefan Gutschmidt CDU entschuldigt

Janny Armbruster Bündnis 90/Die Grünen entschuldigt

Karsten Dornhöfer SPD nicht entschuldigt

Sascha Krämer Sozial.DIE LINKE.Potsdam nicht entschuldigt

Chaled-Uwe Said AfD nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Andreas Menzel Freie FRAKTION nicht entschuldigt

Wolfhard Kirsch BürgerBündnis nicht entschuldigt

sachkundige Einwohner

Sylvia Frenzel	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Dr. Sophia Rost	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Prof. Dr. Karin Schwarz	SPD	entschuldigt
Timo-Daniel Seifert	Freie Demokraten	nicht entschuldigt
Sandro Szilleweit	Die Andere	nicht entschuldigt

Gäste:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2023
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Smart-City-Strategie der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) im Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ (MPSC) des Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
Oberbürgermeister, Arbeitsgruppe Smart City 23/SVV/0822
 - 4.2 App des Gesundheitsamtes
Fraktion der Freien Demokraten 23/SVV/0705
 - 4.3 IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten
Fraktion CDU
- Wiedervorlage - 23/SVV/0139
 - 4.4 Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an der DB Rad+ App
Fraktion SPD
- Wiedervorlage - 23/SVV/0460
 - 4.5 Beitritt der Landeshauptstadt Potsdam zu Initiative DB Rad+
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage - 23/SVV/0517

4.6 Mitwirkungs-gremium Am Stern
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -

23/SVV/0141

Nichtöffentlicher Teil

5 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung

6 Bericht zum IT-Sicherheitsvorfall 12/2022 - 03/2023
Oberbürgermeister, E-Government

23/SVV/0867

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Rüniger, eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Rüniger, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 38 Absatz 2 BbgKVerf fest. Zu Beginn der Sitzung sind 3 von 8 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Die vorliegende **Tagesordnung** wird **einstimmig bestätigt**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.06.2023

Zur **Niederschrift** der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung vom 20.06.2023 gibt es keine Anmerkungen; die Niederschrift wird **mit 1 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, bestätigt**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

4.1 Smart-City-Strategie der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) im Förderprogramm „Modellprojekte Smart Cities“ (MPSC) des Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

23/SVV/0822
ungeändert beschlossen

Herr Keppner, Arbeitsgruppe Smart City der Landeshauptstadt Potsdam, nimmt anhand einer Präsentation Stellung zur eingebrachten Beschlussvorlage. (Die Präsentation ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) Nach einem regen Austausch wird die Beschlussvorlage zur Abstimmung gestellt.

Der **Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung** empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

- 1) Die Smart-City-Strategie der Landeshauptstadt Potsdam.
- 2) Die 6 Maßnahmen mit ihren insgesamt 19 Teilmaßnahmen:
 - a) Urbane Netzwerke, Infrastruktur und Datenplattform: Freies Stadt-WLAN; Notfallnetz für den Katastrophenfall; LoRaWAN und Sensorik; Urbane Datenplattform
 - b) Verknüpfung digitaler und analoger Teilhabe: Beteiligungsatlas; Innovationswettbewerb; Erweiterung des Potsdam Labs
 - c) Quartiersentwicklung: MiLA – Plattform für Mieten, Leihen und Ausprobieren; Smartes Wohnen bei Unterstützungsbedarf; Soziales Wohnen 2.0 – Plattform für sozial gerechte Wohnraumvermittlung; Digital-analoger Geschichtspfad; Weiterentwicklung Partizipatives Stadtteilmodell (kurz: PaSMo)
 - d) Klimaschutz und Klimaanpassung: Erstellung eines Klimadashboards zur Visualisierung und Monitoring von Klimaschutzmaßnahmen, Bürgernahes Baumkataster; Cooling Points; Stadtklima erlebbar machen – smarte und klimapositive Stadt
 - e) Integrierte Verkehrswende: Smarte Mobilitätsdrehkreise für Potsdams Pendlerströme; Aktionsraum Bahnhof
 - f) Smart Region: Kooperativer Regio.hub – für eine smarte Region rund um Potsdam
- 3) Den Kosten- und Finanzierungsplan.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **4**
Ablehnung: **0**
Stimmenthaltung: **0**

Anlage 1 TOP 4.1 Präsentation Smart-City-Strategie der LHP (öffentlich)

4.2 App des Gesundheitsamtes

23/SVV/0705
abgelehnt

Herr Jetschmanegg nimmt für die Landeshauptstadt Potsdam zum eingebrachten Antrag Stellung. Herr Jetschmanegg bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung in der steht, dass für die Planung, Realisierung und Veröffentlichung einer solchen App mindestens 3 Jahre erforderlich wären. Des Weiteren sind für die Erstellung einer App laut Antrag für das Haushaltsjahr 2023/2024 keine finanziellen Mittel hinterlegt. Aus diesen Gründen bittet Herr Jetschmanegg um Ablehnung des Antrages. Anschließend stellt Frau Dr. Rürger den Antrag zur Abstimmung.

Der **Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung** empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den **Antrag abzulehnen**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **0**
Ablehnung: **2**
Stimmenthaltung: **2**

4.3 IT-Krise dauerhaft bewältigen und aufarbeiten

23/SVV/0139
vertagt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, nach Herstellung der Betriebssicherheit aller IT-Systeme und Wiederaufnahme der Dienstleistungen die Cyber-Angriffsfälle Dezember 2019 und Dezember 2022 von einem nicht-öffentlichen Gremium untersuchen zu lassen und dabei u. a. folgende Fragen zu beantworten:

- Welche konkreten technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit wurden nach dem ersten Trennen der öffentlichen IT-Systeme der LHP (Lock Down 2019) getroffen?
- Ob hierzu Handlungsempfehlungen von dritter Seite ausgesprochen wurden und wenn ja, von wem und welche?
- Wenn Handlungsempfehlungen ausgesprochen wurden und ob sie verfolgt wurden?
- Ob nach dem Lock Down 2019 das „IT-Grundschutz-Profil: Basis-Absicherung Kommunalverwaltung“ (Version 2.0 vom 15.10.2019) vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) in der LHP umgesetzt wurde? Wenn nicht, warum nicht, und wenn nur in Teilen, welche Teile und welche Teile nicht?
- Ob bis Ende 2021 eine vollständige Übersicht der IT-Architektur der LHP inkl. deren Dokumentation vorlag?
- Ob eine solche von dritter Seite angemahnt oder angefordert wurde,
- Ob die LHP vorsorglich erhöhte Sicherheitsstandards z. B. für kritische Infrastruktur umgesetzt hat?
- Welche Verantwortlichkeiten für den Lock Down 2022 festzustellen sind?
- Welche Handlungsoptionen für das zweite Trennen der öffentlichen IT-Systeme der LHP (Lock Down 2022) vorlagen?
- Wer der Verantwortlichen in der LHP beim Lock Down 2022 wann, welche Entscheidungen getroffen bzw. zu Entscheidungen getroffen hat?
- Warum das Trennen sämtlicher öffentlicher IT-Systeme der LHP als beste Lösung gewählt und als verhältnismäßig angesehen wurde?
- Warum nicht nur betroffene IT-Services getrennt werden und nicht-betroffene IT-Services weiter öffentlich zugänglich gehalten wurden?
- Warum die getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen des Lock Down 2019 beim Lock Down 2022 nicht gegriffen haben?
- Ob andere (Brandenburger) Kommunen von den konkreten Hinweisen des LKA bzw. von den Angriffen betroffen waren?

- Warum ggf. andere betroffenen (Brandenburger) Kommunen, unabhängig ob konkrete Warnungen vorlagen, ihre öffentlichen IT-Systeme nicht (vorsorglich) getrennt haben?
- Ob und ggf. wann Amtshilfeersuchen gestellt wurden?
- Ob und wann Serviceleistungen für Notfallsituation vorbereitet, angeboten und den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt wurden?
- Welche konkreten technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit nach dem zweiten Lock Down 2022 ergriffen wurden/werden?
- Warum diese technischen und organisatorischen Maßnahmen nicht schon nach dem ersten Lock Down 2019 ergriffen wurden?
- Ob nach dem Lock Down 2022 das „IT-Grundschutz-Profil: Basis-Absicherung Kommunalverwaltung“ (Version 3.0 vom 31.03.2022) vom BSI in der LHP umgesetzt wurde/wird? Wenn nicht, warum nicht, und wenn nur in Teilen, welche Teile und welche Teile nicht?
- Welcher Schaden, materiell (u. a. Wiederherstellung öffentlicher IT-Betrieb der LHP, Schadensersatzklagen, Mehrkosten für Bürgerinnen und Bürger) und immateriell (u. a. Vertrauensverlust bei staatlichen Diensten für Bürgerinnen und Bürger), durch den Lock Down 2022 entstanden ist?
- Welche Notfallmaßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger für die Zukunft entwickelt wurden/werden?
- Welche Zusammenarbeit mit dem Land, anderen Kommunen, Fachbehörden, IT-Dienstleistern, möglich und notwendig sind, die IT-Systeme nachhaltig und krisensicher zu organisieren und zu dokumentieren?

Das Untersuchungsgremium ist auf Vorschlag der Verwaltung und des kommunalen Zweckverbandes DIKOM mit Fachleuten und Vertretern der Fraktionen zu besetzen.

Dem Hauptausschuss und dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung ist bis Oktober 2023 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

4.4 Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam an der DB Rad+ App

23/SVV/0460
geändert beschlossen

Herr Marquardt bringt den Antrag ein und erörtert, dass der Antrag der Fraktion-SPD und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur DB Rad+ App zu einem gemeinsamen Antrag zusammen geführt werde. Des Weiteren sei inzwischen die Finanzierung geklärt. Frau Goreczko merkt an, dass der Antrag zu viel Konjunktiv enthält und bittet um eine Konkretisierung. Herr Marquardt schlägt vor, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Teilnahme am Projekt DB Rad+ in Potsdam zu ermöglichen anzumelden.

Frau Dr. Rüniger stellt die Änderung des Antrages zur Abstimmung. Die Änderung wird **ein-stimmig angenommen**. Nachfolgend stellt Frau Dr. Rüniger den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der **Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung** empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Teilnahme am Projekt DB Rad+ in Potsdam zu ermöglichen anzumelden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

4.5 Beitritt der Landeshauptstadt Potsdam zu Initiative DB Rad+

23/SVV/0517
zurückgezogen

Frau Dr. Rüniger zieht den Antrag, wie unter TOP 4.1 erörtert, zurück.
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Landeshauptstadt Potsdam als Teilnehmerin der Initiative DB Rad+ anzumelden.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) ist über die Umsetzung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Stimmenthaltung:

4.6 Mitwirkungsremium Am Stern

23/SVV/0141
vertagt

Für diesen Tagesordnungspunkt wurde um **Vertagung** in die Sitzung des Ausschusses für **Partizipation, Transparenz und Digitalisierung** am 17.10.2023 gebeten. Dieser Bitte wird zugestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass im Stadtteil Am Stern ein stabiles Mitwirkungsremium nach dem Vorbild der Bürgervertretung Drewitz gebildet wird. Damit sollen gute Voraussetzungen für eine aktive Mitwirkung der Bewohner Am Stern bei der Erarbeitung des Rahmenplanes für den Stern gesichert werden.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die notwendigen Voraussetzungen bis Ende des Jahres 2023 zu schaffen. Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2023 über den Stand zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:

Stimmhaltung:

Vorsitz:

Dr. Mechthild Runger

Protokollfuhrung:

Maren Matyka